

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der morgigen Ausgabe  
abgedruckt.  
Redaktion: S.W. 68, Cindenerstraße 3  
Telefon: Dönhoff 292 - 291  
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

10 Pfennig

Mittwoch

2. Februar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr  
Verleger: Dorweds-Verlag GmbH,  
Berlin S.W. 68, Cindenerstraße 3  
Telefon: Dönhoff 292 - 291

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Deutschnationale gegen Stresemann.

Der Krach geht weiter.

Die junge Ehe des Bürgerblods kann nicht einmal von Flittertagen reden, an Flitterwochen denkt überhaupt niemand. Der völkische Teilhaber des jungen Glücks sucht nach dem Liebestäter, der den Graef von der Futterrippe entfernt hat. Nicht einmal Hindenburgs Trostbrief kann ihm genügen. Deshalb muß die „Deutsche Zeitung“, die neben Hugenberg's Unternehmungen noch am treuesten die deutschnationalen Belange wahr, schweres Geschütz gegen Stresemann aufahren. Sie bezeichnet Stresemann als denjenigen, der ihren Graef zu Fall gebracht habe:

Dieser unser Verdacht wird uns nun von unbedingt zuverlässiger Seite dahin bestätigt, daß den Anstoß zu der ganzen Krise in der Krise tatsächlich der Reichsaußenminister Dr. Stresemann gegeben hat. Er hat sogar sein Verlangen nach der Ausschaltung der deutschnationalen Ministerkandidaten Hergt und Graef so weit getrieben, daß er — noch der gleichen Quelle — sein Amt zur Verfügung stellen wollte, wenn seinem Verlangen nicht Rechnung getragen würde. Es dürfte demnach kein Zweifel bestehen, daß das ganze feindselige Vorgehen gegen die Deutschnationalen auf Stresemann zurückzuführen ist. Selbstverständlich wird die Schuld des Herrn Marx dadurch nicht gemildert; die Vertragstreue hätte geboten, daß er zu seinem Worte stand, nachdem er der deutschnationalen Fraktion sein Einverständnis erklärt hatte.

Deutschnationale und — Vertragstreue?! Das sind doch wohl Dinge, die schwerlich zueinander passen.

Aber die „Tägliche Rundschau“, die noch immer als Organ Stresemanns gilt, hat die Ablehnung des Herrn Graef durch Stresemann bestätigt. Der Außenminister habe seine „außenpolitischen Bedenken“ gegen die Ernennung Graef's zum Ausdruck gebracht und diesem Standpunkt sei ja auch „zum Besten der Sache Rechnung getragen worden“.

Im übrigen wendet sich die „Tägliche Rundschau“ entrüstet gegen die Angriffe auf Stresemann. Diese würden „jedemfalls nur die Wirkung haben, Verstimmungen, die in der Deutschen Volkspartei nach den Vorgängen in den letzten Wochen schon reichlich genug vorhanden sind, noch zu verstärken“.

Aber diese Mahnung ruht nur wenig. Die „Deutsche Zeitung“ weist nach, daß die vom neuen Kabinett einstimmig gutgeheißene Pariser Vereinbarung über die Ostfestungen um eine „schwere außen- und militärpolitische sowie wirtschaftspolitische Niederlage Deutschlands“ darstelle:

Die ganze Schwere dieser Katastrophe wird man erst erkennen, wenn die Einzelheiten der deutschen Zustände bekannt werden und dem Reichstage das angekündigte Gesetz über Herstellung und Ausfuhr von Kriegsmaterial vorgelegt wird. Daß die deutschnationale Reichstagsfraktion diesem Gesetz nicht zustimmen können, hatten wir für ausgeschlossen, da es eine schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft bedeutet.

Das könnte ja bald eine nette Probe auf die Haltbarkeit der Ehe geben, die zwischen den Blockparteien geschlossen worden ist! Wenn man dem Organ des Graef-Flügels der Deutschnationalen Glauben schenken darf, sind die Deutschnationalen im Begriff, sich „mitschuldig an der Niederlage“ zu machen, weil sie „positiv mitarbeiten“ wollen. Sie werden also doch nicht das Gesetz ablehnen, das ihre neuernannten Minister vorjorglich noch von ihren Kollegen allein haben beschließen lassen!

### Die Schlappe der Volkspartei.

Preisgabe der „Fachminister“ für deutschnationale Ansprüche.

Außerordentlich charakteristisch für die Politik der Deutschen Volkspartei ist der Rechtfertigungsversuch, mit dem sie ihren Wählern ihre Haltung bei der Bildung des Rechtsblods zu erklären sucht. Sie hat so ziemlich alle Wünsche nach einer Berücksichtigung ihrer Ansprüche im Kabinett preisgeben müssen. Von der erwarteten Belohnung für die wackeren Dienste, die sie als Einpfeifer des Rechtskabinetts den Deutschnationalen geleistet hat, kann jetzt überhaupt nicht mehr die Rede sein. Im nun vor ihren Wählern nicht ganz mit leeren Händen dazustehen, hat sich der Vorsitzende der volksparteilichen Reichstagsfraktion von Hindenburg den im „Vorwärts“ bereits veröffentlichten Brief schreiben lassen, der die Schlappe der Volkspartei als ein Opfer für die „nationale Sache“ darzustellen sucht. In ihrem Kommentar bemerkt die „Nationalliberale Korrespondenz“ zu der Regierungsbildung u. a.:

Die Deutsche Volkspartei hat geglaubt, sich der dringenden Bitte des Reichspräsidenten nicht verweigern zu sollen, obwohl man ihr zumutete, ein Ministerium aufzugeben, das von einem der Ihrigen verwaltet wurde, der als einer der besten Sachkenner Deutschlands in seinem Fache gilt, und der einem Manne welchen sollte, für den gerade die Voraussetzungungen nicht gegeben sind bei aller Würdigung seiner sonstigen Kenntnisse und Fähigkeiten. Nur die äußerste Ueberwindung konnte die Fraktion dahin bringen, in dieses Opfer zu willigen. Die Verantwortung für die unsachliche Besetzung des Verkehrsministeriums fällt auf diejenigen, die entgegen ihrer früher oft ausgesprochenen Ueberzeugung die Besetzung des Fachamtes durchgesetzt haben.

Auch unsere Bemühungen, die Besetzung des Reichsfinanzministeriums frei von parteipolitischen Erwägungen zu gestalten, sind mißlungen, trotzdem wichtige außenpolitische Gründe dafür ins Feld geführt werden konnten, den bisherigen Inhaber dieses Amtes, für den wir eingetreten sind, auch wenn er unserer Partei nicht angehört, auf seinem Posten zu erhalten.

Aus dieser bereideten Klage über die fortgeschrittenen Ministerjesseln ist eines wichtig, nämlich die Feststellung, daß auf Befehl der Deutschnationalen und nach Billigung Hindenburgs die von der Volkspartei besonders hochgeschätzten Fachminister den Ansprüchen der anderen Koalitionsparteien preisgegeben worden sind. Die Deutsche Volkspartei hat ihre Wahlpropaganda und ihre Werbung unter den höheren Beamten — Dr. Scholz, der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, ist zugleich Vorsitzender des Reichsbundes der höheren Beamten — immer mit der Forderung nach Fachleuten für die Regierung geführt. Indem sie jetzt feststellt, daß die fachliche Eignung der Minister nicht berücksichtigt wurde, daß sogar das Verkehrsministerium unsachlich besetzt worden ist, bekennt sie, daß sie nicht einmal gegenüber ihren Gesinnungsfreunden ihre politischen Ideale aufrecht erhalten kann. So schlägt sich die Deutsche Volkspartei selbst ins Gesicht!

### Deutsche Volkspartei und Reichswehr.

Stresemann konnte auch anders!

In der Erklärung, die die Deutsche Volkspartei als Begleitumst zum bestellten Hindenburg-Brief an Scholz veröffentlicht hat, heißt es:

„Nach der Rede des Abg. Scheidemann zu der für die Deutsche Volkspartei entscheidenden Frage der Reichswehr war die Große Koalition nicht mehr tragbar.“

In Wirklichkeit war die Scheidemann-Rede für die Deutsche Volkspartei nur der dürftige Vorwand, um die Große Koalition zu verhindern. Sie wollte von vornherein aus sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gründen den Rechtsblod herbeiführen.

Die Volkspartei sucht also den Anschein zu erwecken, als wäre Scheidemanns Rede völlig unbedeutend gewesen und als würde in der Reichswehr alles in schönster Ordnung gewesen sein.

Es gibt Grenzen der Heuchelei, deren Ueberschreitung bestraft werden muß. Deshalb stellen wir fest, daß es unter den bürgerlichen Politikern kaum einen Menschen gab, der so schlecht auf die Zustände in der Reichswehr und auf die Politik Dr. Weßlers zu sprechen war, wie Dr. Stresemann selbst.

Nicht allein, daß Dr. Stresemann seinem Vorgesetzten gegenüber deutschen Politikern seit Jahr und Tag bei jeder Gelegenheit Luft machte — er ist es ja bekanntlich gewesen, der im Frühjahr 1925 einer Reichspräsidentenwahlkandidatur Weßlers aus außenpolitischen Gründen widersprach —, seine Gegnerschaft gegen den Reichswehrminister ging sogar viel weiter. Wir behaupten — und fürchten kein Dementi — daß Stresemann wenige Tage vor der Rede Scheidemanns einem Ausländer gegenüber sich sehr abfällig über die Zustände in der Reichswehr und sehr entschieden über die Notwendigkeit ihrer Reform im Sinne der Forderungen der republikanischen Parteien geäußert hat.

Wir fürchten kein Dementi, weil wir — das diene gleichzeitig als Warnung vor einer unüberlegten Ableugnung — dafür Zeugen zur Verfügung haben!

### Vertragswille der Kantonregierung.

Nach Zurückziehung der Anglotruppen aus Shanghai.

New York, 2. Februar. (W.B.) Die „Associated Press“ aus Hankau meldet, hat die Kantonregierung amlich ihre Bereitwilligkeit erklärt, einen neuen Vertrag mit Großbritannien zu unterzeichnen, sobald die britischen Truppen aus Shanghai zurückgezogen worden sind.

### England rüstet weiter.

London, 2. Februar. (W.B.) Das Flugzeugmutter-Schiff „Argus“, das in Chatham für 275 000 Pfund umgebaut wurde, ging heute von Portsmouth nach China mit Flugzeugen, Flugzeugteilen und Borräten in See. Nach seinem Eintreffen in China werden die englischen Streitkräfte dort über 80 Flugzeuge verfügen. — Ein weiteres Kontingent britischer und indischer Truppen ist von Bombay nach China abgegangen.

### Die Nationalbewegung.

London, 2. Februar. (W.B.) In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ in Shanghai betonte der frühere Außenminister gegen die Kantonregierung, Wang, daß in China keine Mißstimmung gegen Deutschland, Oesterreich (gemeint sind natürlich die Nachfolgestaaten! Red. d. B.) und Rußland bestehe, deren besondere Vorrechte aufgehoben seien und mit denen China neue Verträge auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit abschloß. Er wies darauf hin, daß alle Forderungen der chinesischen Nationalisten in dem Memorandum, das der Friedenskonferenz im Jahre 1919 (zu Versailles! Red. d. B.) unterbreitet wurde und welches von Tschang abgefaßt war, also lange bevor die Nationalisten irgendwelche Fühlung mit Rußland nahmen, enthalten sind.

### Die Kriegsgefahr in Amerika.

Calles' Kampf gegen Kirche und Kapital.

Ein tragischer Lebensweg hat in diesen Tagen sein Ende gefunden: Längst vergessen, seit sechzig Jahren unheilbar geisteskrank, starb am 19. Januar Prinzessin Charlotte, die Witwe des in Mexiko erschossenen österreichischen Prinzen und mexikanischen Kaisers Maximilian. Dieser Tod wäre in einem anderen Zeitpunkt fast unbemerkt geblieben; heute, im Augenblick heftigen Kirchenkampfes in Mexiko und schärfster politischer Spannung zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten ruft er die Erinnerung an das Vorspiel eines Dramas hervor, dessen Schlußakt unmittelbar bevorzustehen scheint. Es war kein Zufall, daß der Verfolgungswahn der Prinzessin im vatikanischen Palast ausbrach, als sie einen verzweifeltsten vergeblichen Versuch unternahm, den Papst zur Nachgiebigkeit in der Frage des Konkordats mit Mexiko zu bewegen. Im Kreuzzuge gegen Mexiko — ein Kreuzzug der katholischen Kirche im Bündnis mit den Rittern des nach Kolonialbesitz strebenden europäischen Kapitals — spielte der Vatikan eine ausschlaggebende Rolle. Für Mexiko ging damals der Kampf um die Schicksalsfrage, ob das Land zu einer unabhängigen und fortschrittlichen Republik oder zu einer katholischen Monarchie werden sollte, beherrscht von einer Aristokratie von Großgrundbesitzern spanischer Herkunft, mit der katholischen Kirche an der Spitze und verbündet mit dem europäischen Kapital. Die liberale Verfassung von 1857 sollte den Staat von der Kirche befreien und durch die Enteignung des kirchlichen Grundbesitzes die materielle Grundlage der kirchlichen Macht beseitigen. Sie wurde daher zum Ausgangspunkt langer und blutiger Kämpfe, die sich besonders infolge der Hartnäckigkeit des Heiligen Stuhls bis aufs Äußerste zuspitzten. Vieles hat sich seitdem geändert. Die katholische Kirche hat heute andere Verbündete — nicht mehr die europäischen Gläubiger der mexikanischen Regierung und die europäischen katholischen Mächte, sondern die Besitzer verschiedener Anlagen und vor allem die amerikanischen Petroleumgesellschaften. Andererseits hat sich die Zusammensetzung der inneren Kräfte des mexikanischen Unabhängigkeitskampfes durch die Agrarrevolution und vielleicht noch mehr durch das Hervortreten der organisierten Arbeiterchaft wesentlich verändert. Als unerlässliche Voraussetzung einer nationalen Unabhängigkeit und fortschrittlichen Entwicklung bleibt aber für den mexikanischen Staat weiter die Notwendigkeit bestehen, sich gegen imperialistische Interventionen von außen sowie gegen die Wählerarbeit der katholischen Kirche im Innern zu schützen.

Diese Zusammenhänge machen es begreiflich, daß die Regierung des Präsidenten Calles zugleich mit der wirtschaftspolitischen auch eine kirchengesetzgebung durchführt, wodurch sie ihre beiden mächtigsten Feinde gegen sich mobilisiert. Sie war gezwungen, zugleich den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und gegen die katholische Kirche aufzunehmen, weil diese beiden Mächte, wenn nicht formell, so doch faktisch verbündet, die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und die Bewirklichung fortschrittlicher Reformen, wie Lösung der Agrarfrage und Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft, Bekämpfung des Analphabetentums, Ausbau des Arbeitsrechts usw. verhinderten. Die mexikanische Regierung ist sich der Bedeutung des fremden Kapitals für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wohl bewußt; sie hat daher auch keine Beschlüsse gefaßt, die die Tätigkeit dieses Kapitals unmöglich machen oder wesentlich erschweren würden — vorausgesetzt natürlich, daß dieses Kapital bereit wäre, in Mexiko nicht wie in einem Koloniallande, sondern wie in jedem anderen selbständigen Lande zu arbeiten. Wenn sie von den Petroleumgesellschaften und den ausländischen Grundbesitzern überhaupt verlangt, daß sie ihre Eigentumsrechte in Konzessionen umwandeln lassen und auf die Ausrufung ihrer Regierungen bei eventuellen Streitigkeiten verzichten sollen, so tut sie dies auf Grund ihrer früheren Erfahrungen, um das Land vor Interventionen zu sichern sowie um die Herrschaft des eigenen, demokratisch geschaffenen Rechts durchzusetzen. Diese Forderungen, deren Anerkennung für jedes europäische Land schon längst eine Selbstverständlichkeit bedeutet, muß Mexiko erst durch besondere Maßnahmen sicherstellen. Wenn die mexikanische Gesetzgebung keinen ausländischen Grundbesitz innerhalb der Grenzzone (100 Kilometer von der Landgrenze und 50 Kilometer von der Küste) zuläßt, so hat das vor allem den Zweck, zu verhindern, daß auf diesen Gütern Banden zum Kampf gegen die Regierung gebildet werden, die von jenseits der Grenze mit Waffen versorgt werden. Die Tatsache, daß vor ein paar Wochen in der amerikanischen Grenzstadt El Paso schon eine neue mexikanische Regierung proklamiert wurde und daß in der Grenzzone „revolutionäre“ Kämpfe ausgebrochen sind, ist der beste Kommentar zu diesem Gesetz.

Was die Kirchengesetzgebung anbelangt, so bedeutet sie keineswegs eine Verfolgung der Religion. Die religiöse Toleranz der Regierung Calles wird nicht nur von ihr selbst proklamiert, sondern auch von allen objektiven Augenzeugen bestätigt, darunter von den Vertretern der evangelischen Kirche, die zwar keine Freunde des Katholizismus, aber sicherlich auch keine Feinde der Religion sind, und in ihrer Feindschaft gegen den Katholizismus nicht so weit gehen würden, die Verfolgung der christlichen Religion zu unterstützen. Die gesamte Gesetzgebung ist formell kein Unnahmerrecht für die katholische Kirche, sondern bezieht sich auf

alle Kirchen. Wenn praktisch nur die katholische Kirche durch die Maßnahmen der Calles-Regierung betroffen wird, so liegt das daran, daß die Mißstände, gegen welche diese Maßnahmen sich wenden, nur von der katholischen Kirche geschaffen wurden.

Die Machifestellung der katholischen Kirche in Mexiko und ihre ungeheuren Reichtümer sind die Folgen der spanischen Eroberung. Sie gehört mit zu den Ausbeutern des Koloniallandes und war als solche immer daran interessiert, daß Mexiko ein Kolonialland bleibt, obwohl einige katholische Priester sogar führend an dem mexikanischen Unabhängigkeitskampf gegen die spanische Herrschaft teilnahmen. Die Kirche als solche kämpft stets und kämpft auch heute gegen die Agrarreform, weil sie sich ihren gewaltigen Grundbesitz erhalten will. Während der ganzen Zeit, in der sie das Monopol für die Volksbildung besaß, hat die Kirche bemüht die Bildung der Bevölkerung zu verhindern. In dem Aberglauben der analphabetischen indianischen Massen, die sie faktisch nicht einmal zu Christen gemacht hat, fand sie die beste Stütze ihrer Herrschaft. Die mexikanische Verfassung von 1917 und die spätere Gesetzgebung erkennt der Kirche die vollkommene Freiheit in der Ausübung ihrer religiösen Tätigkeit zu, beschränkt aber ihre Eigentumsrechte und unterlag sowohl den religiösen Organisationen wie auch den einzelnen Geistlichen jede politische Tätigkeit. Die letztere Bestimmung könnte als eine Beschränkung der bürgerlichen Rechte gewiß bedenklich erscheinen, sie wird aber durch frühere traurige Erfahrungen nur allzusehr verständlich und gerechtfertigt.

Mexiko steht heute wieder vor einer großen geschichtlichen Entscheidung, und dabei handelt es sich im Grunde um dieselbe Schicksalsfrage, wie vor siebzehn Jahren. Entweder wird Mexiko als ein wirklich selbständiger Staat weiterexistieren, in dem bereits heute alle Ansätze der Entwicklung zur sozialen Demokratie vorhanden sind, oder aber wird es nur eine nominelle Selbstständigkeit behalten und faktisch in den Zustand eines Kolonialgebiets zurückfallen. Der erste Weg hat den Sieg der Calles-Regierung zur Voraussetzung; jede andere Regierung, die von außen aus Ruher gebracht, im Innern von der katholischen Kirche vollkommen abhängig wäre, wird nur ein Organ der Herrschaft des fremden, d. h. amerikanischen Kapitals sein.

In ihrem Kampf muß sich die mexikanische Regierung nicht nur gegen Gegner von rechts, sondern auch von links wehren. Ihre Politik wird von kommunistischer Seite am schärfsten bekämpft. Für die Kommunisten ist sie zu wenig radikal, zu demokratisch, „sozial-verräterisch“ usw. Trotzdem muß die erstaunte Welt jetzt aus dem Munde der amerikanischen Regierung erfahren, daß die mexikanische Regierung nichts anderes sei, als ein Werkzeug der „bolschewistischen“ Verschwörung! Der Bolschewismus will von Mexiko aus zuerst Mittel- und dann Nordamerika erobern, die Komintern befiehlt und Mexiko pariert! Deshalb die „konfiskatorische“ Gesetzgebung, deshalb der Kampf gegen die Kirche, deshalb die nationale Bewegung in Nicaragua! So lächerlich sie ist, so hat diese Propaganda doch eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Sie ist als psychologische Vorbereitung des Krieges gegen Mexiko gedacht. Es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß es dem amerikanischen Imperialismus mit diesem Krieg völlig ernst ist. Bis jetzt sieht er dabei auf den stärksten Widerstand der öffentlichen Meinung: das Schreckgespenst des Bolschewismus soll dazu dienen, diesen Widerstand zu überwinden, die öffentliche Meinung umzustimmen. Bisher ist es der Regierung, nach allen Meldungen aus Amerika, noch nicht gelungen, die amerikanische Bevölkerung zum Blutvergießen für ihre imperialistischen Pläne willig zu machen. Die Kringsgefahr bleibt aber weiter bestehen — trotz der Einstimmigkeit, mit welcher der Senat am 25. Januar die Resolution über die schiedsgerichtliche Regelung der Differenzen mit Mexiko angenommen hat. Diese Einstimmigkeit selbst ist schon verdächtig: sie beweist, daß

auch die schlimmsten Scharfmacher für diese Revolution gestimmt haben — sicherlich in der Hoffnung, daß man durch Aufstellung einiger, für Mexiko unannehmbarer Vorbedingungen das Schiedsverfahren zum Scheitern bringen könnte. Der Krieg kann jeden Tag von Banden, die die Grenze überschreiten und in Mexiko eine „Revolution“ machen, provoziert werden. Und in der langreglosen Zeit vom März bis Dezember werden die Möglichkeiten der öffentlichen Kontrolle der Regierungspolitik geringer und weniger wirksam sein: Die Kriegsgefahr ist weiter vorhanden.

Die demokratischen Kräfte in Amerika sind es, die den Kampf gegen den Krieg führen und sicherlich auch weiter führen werden, wobei sie vom gesamten lateinischen Amerika unterstützt werden. Aber auch die europäische Demokratie hat ein Wort zur Kriegsgefahr in Amerika zu sagen. Man hat in den letzten Jahren mehr als einmal festgestellt können, daß sowohl die öffentliche Meinung wie auch die Regierungen in Amerika nicht unempfindlich dafür sind, was in Europa über sie gesagt wird. Alle demokratischen, pazifistischen, antiimperialistischen Kräfte, und vor allem die sozialistische Arbeiterchaft haben jetzt die Pflicht, sich mit dem mexikanischen Konflikt näher zu beschäftigen. „Nie wieder Krieg“ — dieser Kampfruf des Friedens und der Freiheit gilt für die Neue Welt so gut, wie für die Alte.

### Aufmarsch des Landbundes. Politische Provokationen.

Der Reichslandbund veranstaltet seine diesjährige Tagung in der alten Kutschhalle am Kaiserdamm. Die bei der Eröffnungsfeier am heutigen Morgen bis auf den letzten Platz gefüllt war. Obwohl der Wunsch des Landbundes nach einer Teilnahme an der republikanischen Regierung erfüllt worden ist — vielleicht gerade deshalb! — leistete man sich sofort eine Reihe von Provokationen. Der Tagungsraum, in dem mehrere Vertreter der neuen Regierung und zahlreiche Angehörige der deutschnationalen und der völkerechtlichen Fraktionen neben vielen Behördenvertretern anwesend waren, ist mit schwarzweißen Fahnen und mit den Farben der Länder, der Mark Brandenburg und Berlins geschmückt. Militärmärsche leiteten die Eröffnungsfeier ein. Die Zeitungsverkäufer zweier großer demokratischer Blätter wurden demonstrativ aus dem Saale verwiesen.

Die Eröffnungsrede des Landbundespräsidenten Graf von Kaldreuth war ein demagogisches Klagegedicht über die Kollage der Landwirtschaft, obwohl die Roggenpreise gegen das Vorjahr gewaltig gestiegen sind. Er verlangte die Aufrechterhaltung des erhöhten Zollschutzes, wie er in dem deutsch-schwedischen Handelsvertrag vorgesehen ist. Die Bölle auf Fleisch- und Viehprodukte sollen sogar heraufgesetzt werden. Natürlich fehlte auch die Klage über die angeblich so hohen Löhne und über die sozialen Kosten nicht. Man laufe Gefahr, daß die produktive Wirtschaft durch ein Sozialrenteniumm erstickt werde. Er schloß seine Rede mit folgenden Worten: Das kommende Jahr wird vielleicht schon die Entscheidung bringen, welchen Weg Deutschland endgültig einschlagen wird: Den Weg zur Freiheit oder den Weg zur internationalen Wirtschaftskolonie. Wenn es uns gelingt, den Willen des Landvolkes trotz aller Zersplitterungsverfälschungen zusammenzufassen in der Richtung auf das eine große Ziel, dann wird und muß der Sieg unser sein.

Nachdem sich so Kaldreuth zum Sprecher der nationalistischen und sozialpolitischen Reaktion gemacht hatte, verfuhr der zweite Landbundespräsident Hepp einiges wieder einzuzutrennen, indem er den vom Landbund bemüht genährten Gegensatz zwischen Stadt und Land, Produzent und Konsument, aus der Welt leugnen wollte. Besonders hat es ihm das Agrarprogramm der Sozialdemokratie angetan. Hierzu führte er aus:

Das Agrarprogramm der Sozialdemokratischen Partei sehe die Zerschlagung des größeren Besitzes vor, um Bauernschaft zu gewinnen, aber nicht etwa mit dem Ziele, den Bauern oder den

Bandarbeiter mit einem ganz einwandfreien Eigentumsrecht an seiner Scholle auszustatten, vielmehr soll bei der Bewertung des als „reichselgen“ bezeichneten Bodens die Rechtsform der Erbpacht, des Rentengutes oder des Erbbaurechts Anwendung finden. Gegen einen derartigen Staatssozialismus müsse man sich wenden, da er geeignet ist, die private Wirtschaft zum Staatsinstrument zu machen. Die Eingriffe, die der Staat in das seine Uhrwerk privatrechtlicher Betätigung zu seinem eigenen Schaden gemacht habe, sei als kalte Sozialisierung zu kennzeichnen, die auf die öffentliche Verstaatlichung hinauslaufe und zur Aufblähung des öffentlichen Apparates führe. Selbstbeschränkung des Parlaments und durch die Stärkung der Stellung des Reichsfinanzministers, damit die Bewilligungsbefugnisse der Parlamente eingeschränkt werde. Damit entsetze der Gedanke einer Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten und des Ausbaues der Kompetenzen des Reichswirtschaftsrates.

### Eine verdiente Strafe.

500 M. Geldstrafe für den monarchistischen Heher der „Börzenzeitung“.

Seit einigen Jahren erfreut sich die „Berliner Börzenzeitung“, die einer Reihe von Industrieverbänden nahesteht, und lediglich den hochbezahlten Inseraten der Industrie und Hochfinanz ihre Existenz verdankt, eines monarchistischen Chefredakteurs, dessen ganzem Auftreten man den Kerger darüber anmerkt, daß er so wenig Beachtung in der Öffentlichkeit findet. Eine der traurigsten Gestalten des deutschen Zeitungswesens verdankt dieser Dr. Paul Deitreich — nicht etwa zu verwechseln mit dem gleichnamigen einschiedenen Schulreformer — natürlich der Hugenberg-Press. Bis 1920 hat sich dieser Mann in Chile aufgehalten und den Krieg siegreich überstanden. Als er zurückkehrte, fühlte er sich natürlich als geborener Richter des deutschen Volkes und ersing sich unausgesehrt in niedrigen Schmähungen gegen die Politik der republikanischen Parteien und ihrer Führer. Sein politischer Charakter gestattete ihm dabei auch, hier und da recht deutlich antisemitische Einflüsse zu verstreuen, wobei er sich gern auf jüdische Kronzeugen, wie den Denunzianten Lomenbaum, berief; wenn ihm aber diese antisemitische Einstellung vorgehalten wurde, war er mutig genug, sich hinter Ausfäuchen zu verstecken. Jetzt hat diesen Ehrenmann endlich einmal eine verdiente Strafe erreicht und ihm die ersuchte Beachtung in der Öffentlichkeit verschafft. Zur Verfassungsfeier hatte Deitreich in seinem Blatt einen Vorkurs mit der Ueberschrift „Parteiliche Provokationsfeier“ veröffentlicht, darin die Regierungsform abgelehnt, mit allen ihren moralischen Gebrechen und den durch Dolchstoß und Revolution ermöglichten Sündenketten. Sie ist auf Grund des Verbrechens der Revolution mit Gewalt geschaffen worden — so heißt es weiter — und sie macht mit ihrem hemmungslosen Parlamentarismus die niedrigen Instinkte der Persönlichkeit und des Volkes zum ausschlaggebenden Faktor im Gemeinwohlleben. Es sei ein Glück, daß Hindenburg an der Spitze des Staates stehe, aber jede Wahlkorruption weiter, und mit jeder neuen Präsidentenwahl werde auch dieses höchste Amt die Wege der parteipolitischen Korruption und der Interessenswirtschaft genau so gehen, wie das in anderen Republiken der Welt auch so ist.

Wetzu seiner Kampfesweise versuchte Deitreich auch vor der Anklage wieder zu knifeln. Er erklärte, er habe mit diesem Artikel keine Verachtung ausgedrückt, noch ausdrücken wollen! Der Vertreter der Staatsanwaltschaft war anderer Meinung; der Artikel sehe die Republik herab; eine Gefundung des Volkes werde durch eine derartig verächtliche und verächtliche Politik hinweggehalten. Der Verteidiger Deitreich schlug in dieselbe Kerbe wie der Angeklagte und wollte von einer Beschimpfung der Republik in dem Artikel nichts finden. Das Gericht verhängte trotzdem die eingangs erwähnte Strafe, mit der Begründung, die ganze Tendenz des Artikels sei beschimpfend und geeignet, die Republik verächtlich zu machen.

### Ein überalterter Shaw.

Wenn das Theater „Die Tribüne“ die Absicht haben sollte, eine Serie Shaw'scher Komödien herauszubringen, so ist das durchaus zu begrüßen. Shaw hat uns immer etwas zu sagen, auch in seinen schwächeren Stücken. „Der Liebhaber“, den die Tribüne gestern aufführte, gehört nicht zu seinen Spitzenleistungen. Gerade jetzt beginnt sich eine leise Opposition gegen den irischen Dichter zu regen. Ob dieser Widerspruch sich von der äußerlichen Tatsache herleitet, daß Shaw zum meistgespielten Dramatiker geworden ist, oder ob man gegen den angeblichen Mangel an Innerlichkeit, Gefühlstiefe und Herzenswärme Front machen will, den mancher in Shaws scharfem Intellekt zu spüren glaubt, in jedem Fall war die von der Tribüne getroffene Wahl des „Liebhabers“ nicht sehr glücklich. Der Dichter hat die Komödie zusammen mit „Frau Warrens Gewerbe“ und den „Häusern des Herrn Sartorius“ unter dem Gesamttitel „Unvergleichliche Stücke“ schon vor 35 Jahren veröffentlicht. Sein Kampf gegen scheinbar genormte Anschauungen und alteingesessene Moralbegriffe hat auch heute noch den Reiz der Aktualität. Bloß nicht mehr im „Liebhaber“, wo Shaw gegen die Ibsensche intellektuelle Eitelkeit zu Felde zieht. Sie ist heutzutage kein Tummelplatz mehr für streitbare Geister, womit nicht gesagt ist, daß etwa der „Liebhaber“ eine langweilige oder uninteressante Komödie wäre. In bewundernswert seiner Weise macht sich Shaw über weibliche und unweibliche Weiber, kurz über hochgepannte Ibsen-Berehrung, lustig. Nicht die Frau ist das mit Rücksicht und Ueberlegenheit behandelte Spielzeug des Mannes, sondern der Mann ein Spielball in den Händen der Frau. Das ist Shaws Meinung. In lustigen Situationen, geistprüfenden Bonmots und innerem Gehalt bietet natürlich die Komödie immer noch weit mehr als sonstige marktliche Lustspiele. Aber bei Shaw sind wir gewohnt, einen anspruchsvolleren Stoff anzulegen.

Der Regisseur John Göttowi weicht in seiner Inszenierung von den genauen Bühnenvorschriften Bernhard Shaws erheblich ab. Das Recht dazu soll ihm nicht bestritten werden. Shaw selbst wäre der letzte, der dagegen etwas einzuwenden hätte. Aber Göttowi hat dabei keine glückliche Hand geführt. Die Titelfolie ist mit Leithor Kützel, wenn auch nicht falsch besetzt, so doch falsch aufgesetzt. Bei Mühl ist der verwöhnte, nicht ernst genommene Don Juan ein schlapper Lebemann. Er zeigt die lebenswürdige Treue eines unterzogenen Jungen, die man ihm eben wegen seiner Jugend und seiner offenkundigen geistigen Ueberlegenheit nicht abnimmt. Durch diese Auffassung geht ein guter Teil des Reizes der Komödie, ja zum Teil das Verständnis für die Shaw'schen Thesen verloren. Nach der Regieauffassung des Dichters soll der Liebhaber ein älterer überalterter, schon äußerlich originell wirkender gemäßigter angehauchter Intellektueller und nicht ein blasiertes Klubmensch sein. Käthe Haack dagegen spielte den Gegenpart ganz köstlich. Es war

eine erstaunliche Leistung, da sie gestern einen ganz anderen Typ verkörperte, als wir ihn sonst an ihr gewohnt sind. Mit fabelhafter Vitalität gab sie ein fürches, bis über die Ohren verliesenes Leides und dabei schmieglam weibliches Frauchen, das sich bedenkenlos über gesellschaftliche Schranken hinwegsetzt und doch die Dame von Welt bleibt. Ein neuer Name: Franz Schafheitlin tauchte unter den Darstellern auf; Schafheitlin hat zwar manche Ecken und Kanten, aber einige Momente zeigen doch erhebliches Talent zur Komik.

### Eine neue Edison-Biographie.

Zum 80. Geburtstag des „Zauberers von Menlo Park“, der in diesen Tagen von der ganzen Welt gefeiert wird, erscheint die erste große englische Edison-Biographie von George S. Bryan, die sein geniales Schaffen unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten behandelt. Da Edison hauptsächlich Erfindungen gemacht hat, die ins praktische Leben griffen und wirtschaftlich von größtem Wert waren, so hat sich die Dessenlichkeit mit ihm sehr viel mehr beschäftigt als mit anderen großen Erfindern, und eine Unmenge von Geschichten und Anekdoten von ihm erzählt, während in den wissenschaftlichen Werken seine Bedeutung meistens nur kurz gewürdigt wird. Bryan sucht zunächst die hauptwissenschaftlichen festzustellen, die das Genie Edisons ausmachen, und er findet bei ihm eine außerordentliche Energie und Fähigkeit, beträchtliche Kombinationsgabe und einen ausgeprägten praktischen Sinn. Edison hat selbst einmal eine „erfolgreiche Erfindung“ als eine solche bezeichnet, „die ein polnischer Jude kaufen würde“. Mit diesem praktischen Sinn ist ein Geschäftsinstitut aufs engste verknüpft. Die Fähigkeit Edisons läßt sich aus der Geschichte jeder seiner Erfindungen nachweisen. Bei seiner Arbeit an der Glühlampe hat er, um einen befriedigenden Kohlenfaden zu finden, buchstäblich Tausende von verschiedenen Stoffen verkostet und Zehntausende von Dollars ausgegeben. Seine Mitarbeiter durchkreuzten einen großen Teil der Welt, zum Teil unter großen Mühen, und das Ergebnis all dieser Anstrengungen war die nicht sehr befriedigende Bambusfadenlampe.

Seine Vollständigkeit beruht zu einem nicht geringen Teil auf die Erfindung des Phonographen. Auch dieser war zunächst ein sehr primitiver Apparat, und die Vervollkommnung durch Edison selbst wurde gehindert durch seine Taubheit, die ihn die Töne des Phonographen in einer Entfernung von 3 Fuß nicht mehr hören ließ. Aber auch hierbei leitete ihn mehr sein Instinkt als sein Wissen. Wie die meisten Männer von großer Energie und geringer Allgemeinbildung — Edisons Schulbesuch dauerte nur drei Monate — hat er sehr merkwürdige Urteile abgegeben, ist z. B. ein großer Verehrer der Mathematik. Was ihn bei allen seinen Erfindungen leitete, war sein „Nieser“ für Mechanik. Von den wissenschaftlichen Theorien scheint er nichts zu wissen und kümmert sich jedenfalls nicht um sie. Er schwört auf den Versuch und hat z. B., wenn er eine chemische Mischung mit bestimmten Eigenschaften erhalten will, die verschiedenartigsten Chemikalien gemischt, bis er erhebt, was er wollte. Diese erstaunliche Energie aber, verbunden mit seinem Instinkt, verleiht ihm unter den Erfindern des 19. Jahrhunderts einen ganz einzigartigen Rang.

Die Revue auf Abbau. Die Revue, die eine Zeitsung ein Stück Theater zu verdrängen droht, ist in der Defakanz. Man kann die bereits gebatene Augenweide, das Schmelzen in Farben, das Auftrumpfen von Nacktheiten nicht noch weiter überbieten. Und der Big war schon lange dünn geworden. In dieser Krise der Revue erhebt sich eine neue — ein Stehpaumännchen der Pleite — Janus Klein in der wieder von ihm übernommenen „Romischen Oper“ und versucht, mit einer neuen Revue: 22 Bilder aus dem Leben einer schönen Frau, die — ein Preisrästel — im Haupttitel „Die Sünden der Welt“ heißt. Deutlich merkt man, daß die Revue im Abbau begriffen. Der Glanz und der Schimmer von ehemals sind bis auf einige schöne Reste verschwunden, man beginnt zu sparen, auch in Enthüllungen. Dafür gehen die Dichter Klein und Brettschneider mehr auf volkstümliche, sentimentale Wirkung aus und geraten mit ihren Texten bis ans Triviale. Die Geschichte des Berliner Rannequins, die, zur Modelfönigin erkoren, von Schiedern und Hümlreuten nach Hollywood verschleppt wird und schließlich, ganz unübert, in die Arme ihres treuen Chauffeurs zurückkehrt, ist natürlich nur Vorwand für dekorative und Tanzeskette. Der Charleston und Black Bottom beherrschen die Musik, die fast nur noch Rhythmus ist. Franz Baumann hat zum Erfolg das deutsche Lied, das heißt die Sentimentalität, zu kultivieren, wofür seine Stimme alle Qualitäten besitzt. Sonst gibt es Oberhoß mit Wintersport (hier blüht auch die Farbe in den Kostümen auf), eine nette Aktualität: Domela, der falsche Prinz, Szenen aus Hollywood mit einer erschrecklich erotisch-ladischen Begebenheit, die rechtzeitig erlischt, eine leise Humbergerei zwischen Edith Schollwer und Max Mendel usw.

In der Pause tritt Karl Brettschneider an die Rampe, hält eine lange Rede auf seinen Direktor (ganz ohne Auftrag natürlich) und erklärt ihn für einen vollendeten Ehrenmann, dem die persönlichen Feinde zusehen, und bittet, die Künstler nicht darunter leiden zu lassen. Natürlich nicht, Herr Brettschneider. Kunst muß leider noch Brot geben; wie es scheint, selbst wenn der Unternehmer auf der schmerzlichen Liste der eigenen Gewerkschaft steht, die dieselben Künstler früher angerufen haben. Konstatieren wir also, daß Hans Albert ein fabelhafter Draufgänger und Bity Wermeyer (als Modelfönigin) ein erstklassiger Revuestar ist, und daß von den Solisten wie den Chören sauber und hingebend gearbeitet wird.

Das größte Schleusenlocher der Welt. Montag wurde das erste der drei riesigen Schleusentore für den Nordseeanal, der Amsterdam mit der Nordsee verbindet, von Rotterdam nach seinem Bestimmungsort bei IJmuiden übergeführt. Das Tor ist 53,5 Meter lang, 8,4 Meter breit und 20 Meter hoch und das größte der Welt. Das Gewicht des Schleusentores beträgt ungefähr 1.200.000 Kilogramm. Es mußte in Holz verpackt und nach dem Wasser liegend transportiert werden. Der Nordseeanal wird, um den modernen Anforderungen zu genügen, beträchtlich ausgebaut, und zu diesem Zweck war eine erhebliche Vergrößerung der Schleusenanlagen dieses Kanals notwendig.

Deutsche Bühnenvertreter in Paris. Die Präsidenten der deutschen Bühnengemeinschaften in Paris und Wäsaer, die zuerst in Paris waren, werden heute nachmittags im Internationalen Institut für geistige Zusammenarbeit durch die französische Allgemeine Theater-Gesellschaft empfangen.

# Sowjetrußlands politische Gefangene.

Ihr Leben in den Sowjetgefängnissen.

Von Boris Sapir\*).

Die Menschheiten und Sozialrevolutionäre müssen wir in den Gefängnissen behutsam halten — so erklärte Lenin bei der Verkündung der „neuen Wirtschaftspolitik“. Dieses Gebot wiederholte vor kurzem in einer Rede der gegenwärtige Diktator Stalin. Das Maß der Behutsamkeit haben die politischen Gefangenen sehr bald erfahren. Noch waren Lenins Worte nicht verklungen, die den Rückzug verkündeten, als im April 1921 300 politische Gefangene im Moskauer Butyrki-Gefängnis schweren Mißhandlungen ausgesetzt wurden. Dies geschah nicht in der Provinz und nicht auf Befehl der lokalen Machthaber. Diese unerhörte Exekution fand in Moskau, in der allernächsten Nähe der „Arbeiter- und Bauern“-Regierung, unter Leitung und Kontrolle der höheren Beamten der Tscheka statt. Es unterlag bald keinem Zweifel mehr, daß man es auf die physische Vernichtung der politischen Gefangenen abgesehen habe. Aber, ihrer Gewohnheit treu, war die Sowjetregierung ängstlich bemüht, die Spuren ihrer Taten vor dem europäischen Proletariat zu verwehlen.

Wir verhaften die Sozialisten nicht, wir isolieren sie bloß — so behaupteten die Kommunisten. Gleichzeitig aber bereitete die Tscheka die „Isolierung“ auf den Solowehk-Inseln vor.

## Auf den Solowehk-Inseln ist kein Gefängnis, sondern ein Sanatorium.

So wurde den ausländischen Kommunisten mitgeteilt. Gleichzeitig aber organisierte man das Blutbad vom 19. Dezember 1923...

Als Folge dieser „Fürsorge“ auf den Solowehk-Inseln ist der Tod von zehn Personen zu verzeichnen (sechs hat die Gefängnisverwaltung getötet, zwei haben Selbstmord verübt, zwei erkrankten dort und starben). Vier Gefangene sind geisteskrank geworden. Wer kann die Zahl derer nennen, die an Skorbut, Malaria und Tuberkulose erkrankten?

Im Jahre 1925 wurden die politischen Gefangenen nach dem Kontinent übergeführt. Man verkündete die Auflösung des Solowehk-Gefängnisses, aber einige lauwarm Behagardisten, Bauernrebell, Spelulanten und Kriminalverbrecher sind noch weiter auf der Insel verblieben. Dorthin wurden auch die georgischen Sozialdemokraten verbannt. Heute noch werden nach den Solowehk-Inseln Sozialisten unter der heuchlerischen und falschen Anklage von Kriminalverbrechen verbannt, um dort der gleichen Behandlung ausgesetzt zu werden wie die gemeinen Verbrecher.

In Werchne-Uralisk, Susdal, Jaroslaw, Tobolsk und Tscheljabinsk ist ein äußerst brutales Regime für die „Isolierten“ und „behutsam“ in den Gefängnissen gehaltenen Sozialisten und Anarchisten eingeführt worden.

Wie schwer und unerträglich das Leben in den Gefängnissen ist, ist schon daraus allein zu ersehen, daß

## Hungerstreiks fast überall an der Tagesordnung

sind, sie dauern meist zwei bis drei Wochen. Die Nachrichten aus Rußland weisen darauf hin, daß die politischen Gefangenen genötigt sind, zu diesem äußersten Kampfmittel zu greifen, um ihre elementaren Rechte und ihre menschliche und revolutionäre Würde zu wahren. In dem Werchne-Uralisk-Gefängnis wurde im Herbst 1926 für drei Tage der Belagerungszustand erklärt. Die Gefangenen wurden schwer mißhandelt. Man schlug sie für jedes laute Wort, für den Versuch, zu singen oder sich mit den Insassen der Nachbargellen zu unterhalten. Für einen „Schuldigen“ wurden sämtliche Zelleninsassen geschlagen. Ähnliche Nachrichten kommen auch aus anderen Gefängnissen und Verbannungsorten.

In den politischen Isolationen wendet man absichtlich propagatorische Mittel an, um ein Blutbad hervorzurufen. Dann können die bis an die Zähne bewaffneten Tschekisten das ersehnte Blutbad beginnen.

So behandelt die „sozialistische“ Sowjetregierung ihre politischen Gegner — Sozialisten, Anarchisten und parteilose Arbeiter. Verbannung von Strafen ohne gerichtliches Urteil, fristlose Gefängnishaft, Verbannung nach den entlegensten, hinter dem Polarkreis liegenden Winkeln, Verhöhnung, Provokation und Gewaltanwendung — das sind die Hebeln derer, die in den Ländern Europas internationale Komitees der Arbeiterhilfe organisieren und an die westeuropäische Demokratie und Arbeiterklasse appellieren!

## Der Hungerstreik in Tobolsk.

Der Berliner russische „Sozialistische Bot“ teilt mit:

Ende September d. J. unternahm die Verwaltung des politischen Gefängnisses in Tobolsk wieder einmal den Versuch, das Gefängnisregime noch mehr zu verschärfen. Infolge der Bestrafung der Anarchisten, die sich den neuen Maßnahmen widersetzen, erklärten 26 Anarchisten den Hungerstreik. Nach neuntägigem Hungerstreik wurden die Forderungen der Streikenden — Wiederherstellung des alten Gefängnisregimes, Nichtverfolgung der Gefangenen, die Widerstand geleistet haben — erfüllt. Einige Tage später jedoch wurden die Anarchisten Gurewitsch und Axelrod nach Moskau übergeführt, zu Kriminalverbrechern erklärt und nach den Solowehk-Inseln verbannt. Ein ähnlicher Vorfall spielte sich im Jaroslawer politischen Gefängnis ab, wo der Sozialrevolutionär Sorokin gleichfalls zu einem Kriminalverbrecher gestempelt und nach den Solowehk-Inseln verbannt wurde!

## Die Anziehungskraft der Labour Party.

Nach Kenworthy Wedgewood Benn.

London, 2. Februar. (II.) Der liberale Abg. Wedgewood Benn wird, wie nunmehr endgültig feststeht, zur Arbeiterpartei übergetreten. Dieser Uebertritt wird im liberalen Lager als ein außerordentlicher Verlust empfunden, da Benn einer der aktivsten Parlamentarier der liberalen Fraktion gewesen sei. Sein Uebertritt erfolgt hauptsächlich wegen persönlicher Differenzen mit Lloyd George. Wie heute verlautet, beschäftigen sich nach einiger Weile Liberale sehr ernsthaft mit der Frage, ebenfalls zur Arbeiterpartei überzutreten.

Personalveränderungen im Polizeiwesen. Nach dem Lokalanzeyger ist beabsichtigt, an Stelle des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Friedensburg, der nach Kassel als Regierungspräsident gehen soll, den Regierungsdirektor Dr. Weich mit diesem Posten zu betrauen; als Nachfolger in dem Amte des Chefs der Berliner Kriminalpolizei ist Obergeneralssekretär Hagemann vorgesehene. Wie wir dazu hören, ist diese Meldung insofern den Tatsachen voraus, als ein Beschluß des preussischen Kabinetts noch nicht vorliegt.

\* Der Verfasser dieses Artikels wurde im Jahre 1922 wegen der Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Jugendverband verhaftet, befand sich drei Jahre in verschiedenen Gefängnissen, darunter zwei Jahre auf den Solowehk-Inseln, kückte nach der Ueberführung nach dem Kontinent und entkam nach dem Auslande.

# „Schwan, fleb' an.“

Wie man einen Unschuldigen zum Hochstapler macht.

Es ist zuweilen schwierig, festzustellen, wer in einem Prozeß der eigentlich Schuldige ist. Namentlich bei ansehnlichen Geldgeschäften besteht oft eine Wechselwirkung zwischen dem Angeklagten und seinen Opfern. Man wird da an das Märchen von dem wunderbaren Schwan erinnert, der wie ein Magnet alles an sich zieht und nicht wieder losläßt.

Da ist kürzlich in Roabit ein Hochstaplerprozeß zu Ende gegangen, der auffallend große Ausmaße hatte. Es waren 25 Zeugen geladen, und sieben Tage lang dauerten die Verhandlungen. Der Schwan, an dem sie alle kleben blieben, war der Träger eines alten, ruhmbedeckten Namens, Sprößling einer altadligen Offiziersfamilie. Der Name und die Verwandtschaft mit einem Holländer, der in Batavia ein riesiges Vermögen besaß, schafften dem Herrn v. R. unbegrenzten Kredit. Man weiß, wie das in den Inflationsjahren zugeht. Wenn da einer auftrat und sagte: „Ich bin der und der und habe holländische Gulden zu verkaufen“ — gleich klebte alles an diesem Schwan. Man staunte, was für alte, gewiegte Geschäftsleute sich hatten hereinlegen lassen. Und dazu von einem Menschen, der durchaus nicht gerissen oder raffiniert aussah. Aber vielleicht hatte er sich gerade durch sein biederes Auftreten Vertrauen zu erwerben gemüht. Vor dem Krieg hatte er studieren wollen, er hatte aber nicht das Zeug dazu. Auch während des Krieges hatte er sich nicht ausgezeichnet — auch die militärischen Talente gingen ihm ab. Die Inflation zehrte das elterliche Vermögen so gut wie ganz auf. Was sollte also mit dem Sohn geschehen? Man wußte nur noch eine Auskunft: man schickte ihn nach Amerika — er sollte drüben Kaufmann werden. Er kam jedoch nicht als Krösus zurück, sondern im Gegenteil mit leeren Händen. Was nun? Er brauchte sich gar nicht sehr anzustrengen. Zwar hatte er, gleich zu Beginn seiner „kaufmännischen“ Laufbahn, eine schwere Urkunde — Fälschung begangen — vielleicht mehr aus Tapfzigkeit als aus Berechnung — und war ein Jahr eingesperrt worden. Aber das ließ ihn niemand fühlen. Er brauchte bloß dem Direktor einer jener zweifelhaften Bankinstitute, die in den Inflationsjahren wie Pilze aus dem nassen Baldobden sprossen, um ebenso schnell wieder aufzufauchen, etwas anzudeuten von dem schwerreichen holländischen

Better, von Millionenerbschaft in Gulden — mit der man sich damals ganz Berlin hätte kaufen können — oder von Geschäftsbeteiligung, und schon drängte sich alles an ihn heran und wollte mit ihm Geschäfte machen. Der Bankdirektor, der sich seinerseits enger Beziehungen zu einem der größten rheinischen Industriellen mit starken Interessen im Auslande, zu Mannesmann, rühmte, schlug die Gründung einer G. m. b. H. vor, die in der Schweiz eine Bank aufmachen sollte. Das war nun buchstäblich ein „Gehstmit-biste-hin“-Unternehmen. Herr v. R., der sich vertraglich verpflichtet hatte, 250 000 Schweizer Franken einzulegen, lösch den Vertrag an und zahlte nicht eine deutsche Papiermark ein, geschweige denn Schweizer Franken. Allerdings hatte er sich auf das zu gründende Geschäft hin nicht weniger als 8500 Mark an Krediten ausbezahlt lassen.

Das war zu Beginn des Jahres 1924 geschehen. Aber trotzdem er für die 8500 Mark nicht einen Pfennig Dedung aufbrachte und niemand etwas von den versprochenen holländischen Gulden oder Schweizer Franken zu sehen bekam, konnte er seine Finanzmandover ungestört noch zwei Jahre lang fortsetzen. Er schloß immer wieder Verträge ab, die er natürlich niemals hätte einhalten können. Mitunter wurden solche Vertragsabschlüsse mit Geburtstagsfeiern bekannter Finanzleute zusammengelegt und reichlich mit Sekt begossen. Alles in allem kamen in der dreijährigen Finanztätigkeit des Herrn v. R. sieben Fälle erfolglos und ein Fall verurteilten Betrug zustande. Die Summe, die bei den Geschäften herausprang, dürfte mit 50 000 M. nicht zu hoch angegeben sein. Dagegen macht der Verteidiger geltend, daß sein Klient in diesen drei Jahren nicht weniger als 12 000 Mark an Anwalts- und Gerichtskosten ausgegeben habe, daß er selber ein Opfer seiner hemmungslosen Phantasie sei und vielleicht mehr der Betrogene als der Betrüger. Und der Angeklagte hebt in seinem Schlusswort hervor, wie man sich an ihn herangemacht habe: er habe den Leuten nicht nachzulassen brauchen, sie seien zu ihm gekommen. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis, von dem sieben Monate bereits in der Untersuchungshaft verbüßt sind, und 9000 Mark Geldstrafe. Die Kosten des Verfahrens werden ebenfalls sehr beträchtlich sein.

## Schreckensurteil in Lichtenberg.

Die Existenz zweier Jugendlichen vernichtet.

Das Schöffengericht Berlin-Lichtenberg unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Augustin fällt in seiner letzten Sitzung ein derartig hartes und grausames Urteil, daß es sich lohnt, den Prozeß näher zu beleuchten.

Am Störchsee, in unmittelbarer Nähe von Fasanghöfen, hatte ein Trupp jugendlicher Wanderer seine Zelte aufgeschlagen. Einer der jungen Menschen, ein 19 Jahre alter Arbeiter Wilhelm Sch., hatte aus einem Zelt eine Mandoline „gestohlt“, die ihm nachher von einem Landjäger abgenommen wurde. Nur widerstrebend hatte er sie herausgegeben. Er strebte auch allerlei Drogen aus und äußerte sich zu seinen Freunden, sie möchten ihre Pistolen herausnehmen. Es kam natürlich dazu nicht, vermutlich weil sie keine hatten. Einer der Wanderer bemächtigte sich eines der Landjäger gegenüber besonders renitent. Er stach ein Dolchmesser und nahm auch eine drohende Haltung an, machte aber von der Waffe keinen Gebrauch. Das Betragen beider trug ihnen nun eine Anklage wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt ein, wegen der sie sich vor dem Lichtenberger Schöffengericht zu verantworten hatten.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Arbeiter Gerhard D. 6 Monate Gefängnis und gegen den Angeklagten Sch. 2 Wochen Gefängnis. Das Gericht glaubte jedoch über diesen Antrag weit hinausgehen zu müssen und verurteilte den 19 Jahre alten D., der in fester Arbeit steht und noch nicht vorbestraft war, zu 1 Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Sch. erhielt 2 Monate Gefängnis.

Es handelte sich hier um eine sehr weitgehende Rüpelerei zweifellos ganz unbefonnen und unüberlegt handelnder Jugendlichen, die man, wenn schon mit einer geringen Gefängnisstrafe, so doch mit Bewährungsfrist hätte ahnden können. § 113 des Strafgesetzbuches, der mit dem § 114 meist in Betracht kommt, spricht von einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen bis zu 2 Jahren, während der schärfere § 114 des Strafgesetzbuches ausdrücklich eine untere Grenze von 3 Monaten Gefängnis anerkennt. Hier aber sind Schreckensurteile gefällt worden, die, ohne die Fische der Jugendlichen zu berücksichtigen, die bürgerliche Existenz der beiden jungen Menschen glatt vernichtet. Das Urteil ist unhaltbar. Wie war es möglich, daß es unter dem Vorsitz des Herrn Augustin gefällt werden konnte?

## Feuer in einer Farbenhandlung.

Mit der Bekämpfung eines sehr gefährlichen Feuers hatten gestern nacht mehrere Löschzüge der Feuerwehr in der Skafinger Straße 47 nahezu drei Stunden lang zu tun. Straßenpassanten nahmen kurz vor 11 Uhr nachts in dem Farben- und Drogengeschäft der Firma Kersten einen Feuerschein wahr. Die Feuerwehr wurde alarmiert, die mit drei Löschzügen unter Leitung des Baurates Roach herbeieilte. Vier große Fensterscheiben wurden durch die Hitzeentwicklung plötzlich auf die Straße geschleudert. Beim Eintreffen der Wehren brannte der ganze Laden in einer Länge von 15 Metern lichterloh. Das Feuer fand an großen Farben-, Pinoleum- und Tapetenrollen reiche Nahrung. Wegen der Explosionsgefahr und ständiger Gaschwaden mußte sehr vorsichtig gearbeitet werden. Die Flammen griffen auf den Lagerstapel über, doch gelang es, das Feuer hier abzuriegeln. Nach zweistündiger Tätigkeit — es wurde aus drei Schlauchleitungen Wasser gegeben — war die Gefahr beseitigt. Der Laden ist ausgebrannt, der Schaden sehr erheblich. Das Feuer ist vermutlich durch Herausfallen von glimmenden Kohlestücken aus einem eisernen Ofen, der hinter einem Holzverschlag steht, entstanden.

## Die Potsdamer Brandstiftungen.

Zu den Brandstiftungen, die in Potsdam im Landgericht in der Kaiser-Wilhelm-Straße und im Amtsgericht in der Lindenstraße verübt wurden, erfahren wir, daß auf Ersuchen der Oberstaatsanwaltschaft Potsdam von der Berliner Kriminalpolizei die Kommissare Braschwitz und Zapfe dorthin entsandt worden sind. Die Brandstiftungen selbst bearbeitet die Potsdamer Kriminalpolizei. Die Berliner Kommissare untersuchen die Akten diebstähle, die in Potsdam und Berder vorgekommen sind, und einen etwaigen Zusammenhang zwischen ihnen und den Brandstiftungen. Bisher ist ein Anhalt für einen derartigen Zusammenhang nicht gefunden worden. Die Ermittlungen sind aber noch keineswegs abgeschlossen und werden unter der Oberleitung des Staatsanwaltschaftsrates Stargard fortgesetzt.

## Eine Schule für Landkraftführer.

Unter dem Namen „Deutsche Landkraftführerschulen Deulastr. G. m. b. H.“, Sitz Jeesen bei Königswusterhausen, ist, wie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, eine Schule für landwirtschaftliche Ausbildung von Schlepper- und Motorflugführern ins Leben gerufen worden. Lehrgebäude und Lehrgelände liegen im Bereich des ehemaligen Schütte-Lanz-Betriebes Jeesen bei Königswusterhausen. Die Schüler können nach Wunsch mit voller oder halber Pension aufgenommen werden und neben

der Ausbildung an landwirtschaftlichen Kraftmaschinen auch die Führerscheine für Personen- und Lastkraftwagen erwerben. Es sind ferner Spezialkurse für landwirtschaftliche Betriebsleiter und Besitzer sowie Sonderkurse in Werkstattausbildung, an Rohöl- und Dieselmotoren und an wichtigen landwirtschaftlichen Maschinen vorgesehen.

## Der Raubmord in Sommerfeld.

Weitere Ermittlungen, aber noch keine Aufklärung.

Unter dem Verdacht, an dem Raubmord in Sommerfeld beteiligt zu sein, wurden in Krossen zwei Landstreicher festgenommen; sie mußten aber wieder entlassen werden, weil sie ihr Alibi nachweisen konnten. Zur Unterstützung der Drispolizei in Sommerfeld und der Landjäger ist ein Berliner Kriminalbeamter zurückgeblieben. Ueber Entweichungen aus Strafanstalten sind noch keine Mitteilungen eingegangen.

Eine wichtige Rolle in der Untersuchung des Sommerfelder Kapitalverbrechens spielen die geraubten und die gefundenen Kleidungsstücke. Die am Bahndamm in einem Paket gefundenen Anstaltskleider sind drei Jacken, darunter eine Strafanstaltsjacke mit dem Zeichen Str. G. B. 1920 und zwei Hosen. In einer Holentasche fand man 42 Mark Silbergeld, darunter ein altes 1/2-Mark-Stück. Dieses Stück kam keineswegs als Arbeitsverdienstüberschuß in einer Strafanstalt jezt gezahlt worden sein. Dagegen sind gleiche Stücke in dem Bestande der ermordeten Tischenlegers Eheleute gefunden worden. Hiernach stammen die 42 Mark wahrscheinlich aus dem Raube. Das Paket wurde etwa 800 Meter unterhalb der Reifbrücke am Bahndamm eingeschleudert. Wahrscheinlich ist es also bei dem Ueberfahren der Brücke aus dem Zuge hinaus ins Wasser geworfen worden. Wichtig ist auch zu erfahren, woher die zur Fesselung der Ermordeten benutzten Schnüre stammen. Die Frau ist mit einer Schnur gefesselt worden, wie sie in der Landwirtschaft zum Gardendienen und dergleichen benutzt wird. Der Mann ist mit stärkeren Schnüren, wie sie ebenfalls auf dem Lande verwendet werden, gefesselt worden. Zum Teil sind außerdem noch alle, mehrfach zusammengeklümmerte Schnüre benutzt worden. Aus dem Geschäft der Ermordeten stammen die Schnüre nicht. Wie schon bemerkt wurde, muß sich einer der Verbrecher, als er mit roher Gewalt die Doppelscheiben des Fensters durchstieß, an der Hand erheblich verletzt haben. Man sieht, daß an dem Rest der Scheiben Blut heruntergelaufen ist. Wo also ein Mann mit einer Handverletzung und etwa einem der geraubten Kleidungsstücke auftaucht, sind Mitteilungen an die Landjäger und die Drispolizei von Sommerfeld zu machen. Zur Prüfung der Frage, ob die Verbrecher vielleicht von Berlin gekommen sind, hat man alle Spuren zur Untersuchung durch den Erkennungsdienst nach Berlin gebracht. Auch in Berlin sind die Ermittlungen in vollem Gange. Mitteilungen zur Aufklärung an die Kriminalinspektion A im Polizeipräsidium. Die Kommissare Johannes Müller und Dr. Braschwitz haben sich noch einmal nach Sommerfeld begeben.

## Ueberfall am Schiffbauerdamm.

In der vergangenen Nacht war ein 35 Jahre alter Kaufmann Friedrich B. vom Schiffbauerdamm 26 abends mit Bekannten zusammen in einer Gastwirtschaft in der Luisenstraße gewesen. Wie brachen zu gleicher Zeit auf und trennten sich dann, so daß B. allein nach Hause ging. Um 2 1/2 Uhr fanden ihn Mitbewohner des Hauses mit blutenden Kopfverletzungen hilflos unten auf dem Flur liegen. Sie benachrichtigten das 2. Revier und brachten mit Hilfe von Beamten den Mann nach der nahegelegenen Charité. Hier stellten die Ärzte außer den Verletzungen am Gesicht auch einen Bruch des linken Beines fest. B. mußte deshalb im Krankenhaus verbleiben. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei waren ihm zwei unbekannte Männer gefolgt. Als er aufschloß, drängten sie sich durch die Tür ihm nach und fielen auf dem Flur über ihn her. B. setzte sich zur Wehr, unterlag aber der Uebermacht und blieb mit gebrochenem Bein liegen. Seine Gegner raubten ihm die Brieftasche mit 720 M., die Uhr, alle Schmuckgegenstände und dazu auch noch den Haus Schlüssel. Um den Ueberfallenen an der Verfolgung und am Hilferufen nach der Straße hinaus zu verhindern, schloffen sie mit seinem Schlüssel die Haustür hinter sich ab. Der Beraubte konnte sich des Beinbruchs wegen nicht aufraffen und blieb längere Zeit liegen, bis Hausgenossen ihn aufgefunden und sich seiner annahmten.

Die Bestattung unseres Genossen Stadtrat a. D. Max Sedelsohn fand am Dienstag vormittag in Weihenfeld unter großer Beteiligung statt. Zahlreiche Kranzspenden, besonders von der Filmindustrie, schmückten die Halle. Der Magistrat hatte einen großen Lorbeerkranz mit den Stadtfarben geschickt und ließ sich durch die Stadträtin Genosin Wenl vertreten. Die Gedächtnisrede hielt Oberstadtrath Dr. Friedings, der den Idealismus und die große Hilfsbereitschaft des Verstorbenen zeichnete. Ergreifend war es, als der Beistehende sagte aus einem vor Jahren niedergeschriebenen letzten Willen vorlas, die ein starkes Bekenntnis zum Sozialismus und zum Weltfrieden waren. Chorgesang hatte die Feier eröffnet und schloß sie auch.

# Schiedspruch für die Metallindustrie.

## Erhöhung der Berliner Angestelltengehälter.

Vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin fanden am gestrigen Dienstag die Gehaltsverhandlungen für die Angestellten der Berliner Metallindustrie statt. Der Schlichtungsausschuss fällt schließlich einen Schiedspruch, der die Februargehälter unverändert läßt, dagegen ab 1. März für die Angestellten in den Gruppen III und IV und in den Meistergruppen eine Gehaltserhöhung von 6 Proz. für sämtliche anderen Angestellten eine solche von 8 Proz. vorseht. Diese Gehaltsregelung soll bis zum 30. September in Kraft bleiben. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden in den nächsten Tagen wegen ihrer Stellungnahme zu diesem Schiedspruch beraten. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 12. Februar.

## Der Schiedspruch für die Herrenkonfektion.

### Die Berliner Schneider nehmen ihn an.

Die in der Berliner Herrenkonfektion beschäftigten Schneider, Zuschneider und Arbeiterinnen nahmen am Dienstag abend in den Residenzfestsaal Stellung zu dem von uns bereits mitgeteilten Schiedspruch, den das vereinte Schiedsgericht am 27. Januar im Reichsarbeitsministerium für die Herrenkonfektion im gesamten Reichsgebiet gefällt hat. Genosse Kugebach vom Bekleidungsarbeiterverband gab noch einmal einen eingehenden Bericht von der Entwicklung der Lohnbewegung und dem Gang der Verhandlungen, die sich fünf Tage lang hinzogen. Er zerpflückte besonders eingehend aus den Unternehmern nicht nur in den Verhandlungen, sondern auch der Kundschaft gegenüber vorgebrachte Argumente, daß die Löhne der Schneider seit der Vorkriegszeit um mehr als 100 Proz. gestiegen seien, was die hohen Verkaufspreise verurliche. Kugebach führte an, daß nach dem am 16. Oktober 1911 abgeschlossenen Tarif ein Anstieg in der Ortsgruppe II durchschnittlich 3,20 M. an Arbeitslohn kostete, während heute derselbe Anstieg in der gleichen Ortsgruppe, wenn er nur von Schneidern hergestellt wird, 3,30 M. das sind 61 Proz. mehr als in der Vorkriegszeit, kostet. Der Arbeitslohn ist jedoch noch geringer, da an der Herstellung auch Frauen mit niedrigeren Löhnen beteiligt sind. Wenn man weiter bedenkt, daß die Arbeit heute in kleineren Posten herausgegeben wird als damals, daß heute eine viel bessere Qualitätsarbeit geliefert werden muß, und daß vor allem diese Löhne im Jahre 1911, also vor über 15 Jahren, festgelegt wurden, muß man feststellen, daß die Löhne heute bedeutend niedriger sind als in der Vorkriegszeit. Aus diesem Grunde ist auch die vom Schiedsgericht ausgesprochene Lohn-erhöhung von 5 Proz. bis April und von da ab bis 30. September um 8 Proz. nicht befriedigend.

Trotzdem sind Verhandlungskommission und Berliner Funktionäre zu dem Entschluß gekommen, die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen, da er besonders in der Eingruppierung der Spezialmaschinen beschäftigten Frauen und der Abwehr der zahlreichen Verschlechterungsanträge der Unternehmer immerhin ein gewisser Erfolg für die Organisation sei.

In der längeren Diskussion sprachen die meisten Redner für die Annahme des Schiedspruches, gaben aber auch ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß der Schiedspruch bestimmt besser ausgefallen wäre, wenn es anstatt der organisatorisch zersplitterten Arbeiterschaft des Bekleidungsgebietes eine geschlossene Front gäbe. Die geheime Abstimmung ergab mit großer Mehrheit die Annahme des Schiedspruches. Das Abstimmungsergebnis aus dem gesamten Reich muß bis zum 7. Februar dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts sowie den Unternehmern übermittelt werden.

## Tarife zur Auswahl?

Die in den Fleischereien der Stadtgüter in Hohenortsfelde beschäftigten Fleischer bekommen seit Jahren die in der Woche fallenden Feiertage bezahlt. Das sollte jetzt anders werden. So wollte es der Geschäftsführer. Der Neujahrstag wurde nicht bezahlt. Die so benachteiligten Fleischer klagten beim Gewerbeamt. Der Geschäftsführer der Fleischwerke suchte sein Verhalten zu rechtfertigen, indem er sagte, für seinen Betrieb sei bisher der Tarif des Gemeindegewerkschaftsverbandes maßgebend gewesen, demgemäß erhielten die Fleischer Wochenlohn und Bezahlung der Feiertage. Da aber die Arbeiter der Fleischwerke mit den sozialsten Vergünstigungen des Gemeindegewerkschaftsverbandes Mißbrauch getrieben hätten, werde jetzt der Tarif des Fleischerverbandes angewandt, der mit Stundenlöhnen rechnet und keine Bezahlung der Feiertage kennt.

Der den Klägern zur Seite stehende Vertreter des Fleischerverbandes widersprach der Behauptung, daß die Arbeiter Mißbrauch mit den Tarifbestimmungen trieben und zeigte dem Geschäftsführer, daß dieser sich auf keinen der beiden Tarife stützen könne, denn der Gemeindegewerkschaftsverband gelte nicht für die Fleischer, und der Fleischertarif gelte nicht für Hohenortsfelde, denn er sei nur für Berlin verbindlich. Maßgebend sei, daß die Bezahlung der Feiertage durch stillschweigendes Uebereinkommen ein Teil des Arbeitsvertrages geworden sei, der nicht einseitig durch den Arbeitgeber geändert werden dürfe.

Dieser Auffassung schloß sich auch das Gericht an und verurteilte die Fleischwerke der Stadtgüter zur Bezahlung des Neujahrstages.

## Otto Freytag

Der langjährige Hauptkassierer des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes, Genosse Otto Freytag, ist infolge eines Schlaganfalls am 1. Februar im Alter von 59 Jahren verstorben. Der Tod dieses allzeit pflichtbewussten und gewissenhaften Vertrauensmannes bedeutet für seinen Verband einen herben Verlust. Freytag war am 30. Oktober 1867 in Raumburg a. d. Saale geboren. Sein Vater blieb 1870/71 auf dem Schlachtfelde. So war ihm schon das elterliche Glück verlag. Als er die Schulzeit hinter sich hatte, mußte er als Bäckerlehrling bei händiger 17stündiger Nacht- und Sonntagsarbeit seinen Unterhalt suchen. Diese unerhörte Ausbeutung wirkte nicht lähmend auf den jungen Menschen, sondern

anspornend zur Gegenwehr. Otto Freytag half erfolgreich mit, die Leipziger Bäckerarbeiter aufzurütteln und sie für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen. Mehrere Jahre war er als Backmeister in der Großbäckerei des Konsumvereins Leipzig tätig und wirkte hier ehrenamtlich als Gauleiter für Sachsen und Thüringen. Neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit zählte er zu den aktiv tätigen Genossen in der Sozialdemokratischen Partei.

1910 wählte ihn der Verbandstag zum Hauptkassierer. Diesem großen verantwortungsvollen Vertrauensposten stand er mit faum zu übertreffender Korrektheit und denkbar größtem Pflichtgefühl bevor. Ihm galt die Person nichts, das Interesse seiner Organisation war für ihn richtunggebend. Wie in Leipzig, so betätigte er sich auch in Hamburg in der sozialistischen Parteibewegung. Die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung verlor in dem in den Seelen Verstorbenen einen treuen und unergründlichen Sachwalter, einen lieben Freund mit lauterem Charakter, dem sie ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren wird.

## Zum Lohnkonflikt im niederschlesischen Bergbau.

Nachdem die Lohnverhandlungen ergebnislos verlaufen sind, haben die Funktionäre der Gewerkschaften, wie bereits in Nr. 46 des „Vorwärts“ berichtet, beschloßen, am 5. Februar für alle Bergarbeiter des niederschlesischen Steinkohlenbergbaues das Arbeitsverhältnis zu kündigen. Da an diesem Beschlusse auch die Verbände der christlichen und hirsch-dunderschen Bergarbeiter beteiligt sind und mit einer zeitweiligen Bahmlegung der Forderung zu rechnen ist, sind die Bergbauverwaltungen in einiger Verlegenheit. Es fällt ihnen natürlich keineswegs ein, durch eine Lohnzulage aus dieser Situation herauszukommen, die Bergarbeiter zur Zurücknahme der Kündigungen zu veranlassen. Druderschwärze ist billiger. Und so singt denn der Verein für die bergbauischen Interessen Niederschlesiens, das heißt der Verein für die Unternehmerinteressen, das altbekannte Lied, daß eine Lohnerrhöhung für die niederschlesischen Gruben gegenwärtig untragbar sei. Eine Lohnerrhöhung ist für die Unternehmer stets „untragbar“, und da es sich im konkreten Falle um gegenwärtige Erhöhungen handelt, immer „gegenwärtig“ untragbar. Die großen Halbenbestände seien zwar durch den enaatischen Bergarbeiterstreik geräumt worden, aber eine finanzielle Besserung des Bergbaues sei dadurch nicht eingetreten, da die Halbenbestände durch das lange Lagern minderwertig geworden waren und deshalb unter dem Selbstkostenpreis zum Verkauf gekommen seien.

Die armen Unternehmer! Sie sind — wenn man sie hört — stets „nicht in der Lage“ und können sich deshalb nicht darum kümmern, ob ihre kenden Löhne für die Arbeiter länger „tragbar“ sind. Da dies längst nicht mehr der Fall ist, deshalb der Beschluß der niederschlesischen Bergarbeiter, in dem sie sich durch die Koope der unter dem Selbstkostenpreis verkaufenden Unternehmer nicht beirren lassen. Der republikanische Austritt der Bergarbeiter aus dem Arbeitsverhältnis am 10. Februar wird die Unternehmer dazu bewahren, ihre Kohlen etwa weiterhin unter dem Selbstkostenpreis zu verkaufen. Die Herren werden mit sich reden lassen müssen.

## Dienstzeit der Block- und Schrankenwärter.

Aus Ostpreußen erhalten wir folgenden Ausschreibungsbescheid der mit „Arbeitsbereitschaft“ geplogten niederen Reichsbahnangestellten: Unter dem Zeichen des Auktionsbogens hat die Reichsbahn für die Block- und Schrankenwärter bei einzelnen Bahnhöfen in Ostpreußen, einen mindestens 16stündigen bis 18stündigen Dienst eingeteilt; von morgens bis mitternachts, ohne zu wechseln. Die Ruhezeiten müssen vom Vertreter durchgehend mit 18 Stunden, bei Verspätungen noch länger, gemacht werden. Man kommt um Mitternacht heim und muß morgens um 5 Uhr wieder zum Dienst erscheinen, bei Zugverspätungen lohnt es sich nicht, zu Bett zu gehen. Bei solchem Dienst hat man einen von Schweiß und geplogten Kopf, ist nicht fähig, klar zu sehen oder zu denken. Sollte man darüber verwundert sein, wenn in solchen Fällen die Herren verlegen?

Der Blockwärter kann bei der Petroleumlampe meistens die Morsezeichen nicht lesen und vermag dann nicht genau festzustellen, ob die Rückmeldung vom vorhergehenden Zuge eingetroffen ist oder nicht. Wenn er aber übermüdet und schlaftrunken sich geirrt hat und den nächsten Zug drauffahren läßt, ist schon das Unglück da. Ebenso wenn der Schrankenwärter die Schranke nicht rechtzeitig schließt und Führer und Reisende überfahren werden. Der wirklich Schuldige, die Reichsbahn, stürzt sich dann entrüstet auf den schuldigen Bediensteten, den sie durch lange nervenaufreibende Dienstschichten ins Unglück gestürzt hat.

Ruhelage gibt es erst nach 12 Tagen. Welche Freude, daß man dann auch einmal schlafen kann! Was kümmern die Reichsbahn die vielerlei Volksklagen! Die Leistungszulage, das sogenannte Judasgeld, ist wichtiger. Die Reichsbahn schädigt uns in unserer Gesundheit und raubt uns den Schlaf. Hat solch ein Bediensteter noch etwas von Leben? Dauert der Dienst, wenig Schlaf, keine freie Zeit, ein geringer Lohn, da verzweifelt man an Leben und fühlt sich nur als Sklave. Nun sind wir durchweg Unwissende, meistens Schwertriegelschädigte, haben die Helmut vor dem Helnde geschüttelt, gelitten und gedurft, damit diejenigen, die uns jetzt schinden können, ihre Glieder im warmen Bette behaglich strecken können. Im Kriege hieß es, des Vaterlandes Dank ist euch gewiß; jetzt heißt es, der Rohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.

Da hilft das schöne Reden von der Wohlfahrt der Kriegsschädigten nichts, wenn man mit uns Kernstein der Armen Schindluder treibt. Unter den Kriegsfolgen haben wir am meisten zu leiden. Die Höhergestellten erhalten hohe Gehälter und große Leistungszulagen, um uns zu drücken. Anstatt die Arbeitslosigkeit zu mildern, wird das Gegenteil getan. Immer noch sind zwei Beamte, zwei Arbeiter, also werden den Allergeringsten lange Dienstschichten aufgebürdet. Von zwei Posten wird einer abgebaut und einer macht für zwei Dienst.

Das Beleuchten der Klometer mit enternerten Signalen und Ueberwege muß meistens von Frauen und Kindern besorgt werden, da man wegen des regen Zugverkehrs nicht vom Dienstorte abkommen kann. Viele Frauen und Kinder müssen ihre Männer und Väter nachts wachhalten, damit sie des langen Dienstes wegen nicht verdrösten und kein Eisenbahnunfall entsteht. So leidet die ganze Familie darunter. Am schlimmsten sind diejenigen dran, deren Wohnung weit vom Dienstort entfernt ist. Die Kinder kennen ihren Vater kaum.

## „Rot-Frontkämpfer“ und Gewerkschaft.

Die „Rot-Frontkämpfer“ bezeichnen sich mit besonderer Betonung als die Garde des Klassenbewußten Proletariats. Der äußeren Aufmachung nach — Stimmenaufwand beim Singen revolutionärer Lieder, Mitführen von Insignien, die zum Kampf gegen die Ausbeuter auffordern — trifft das uneingeschränkt zu. In dieser Beziehung stehen die „Rot-Frontkämpfer“ konkurrenzlos da.

Nachdem wir aber eine ganze Anzahl „Rot-Frontkämpfer“ persönlich kennengelernt haben, müssen wir berechtigte Zweifel an dem Klassenbewußtsein vieler unter den Sowjetfahnen Marschierenden hegen. Es muß jeden Arbeiter, und wenn er noch so „reformistisch“ verleiht ist, eigenartig berühren, auf dem Lande in „Rot-Front“-Gegenden festzustellen, daß diese „Rot-Frontkämpfer“ noch nicht einmal das Mitgliedsbuch des Deutschen Landarbeiter-Verbandes in der Tasche haben. Der „Gewerkschaftsbund“ muß dem waderen „Rot-Frontkämpfer“ erst begreiflich machen, daß ihm seine Gewerkschaft den Lohn erkämpfen muß, den er braucht, um auch anderen Organisationen als Mitglied angehören zu können. Diese Feststellung ist nicht einmal, sondern mehrere Male ganz in der Nähe Berlins gemacht worden. Aus begreiflichen Gründen unterbleibt nähere Ortsangabe. Die „Verbandsbureaufrauten“ haben die unorganisierten „Rot-Frontkämpfer“ inzwischen mit Mitgliedsbüchern ihrer Gewerkschaft versehen.

Der „Rot-Frontkämpferbund“ wird gut daran tun, wenn — für die ihm angehörenden Landarbeiter die Parole auslaut: „Hinein in den deutschen Landarbeiter-Verband!“

## Der Arbeitslohn in Rußland.

In der dritten Plenarsitzung des Zentralrats der Gewerkschaften nahm der Präsident des Obersten Wirtschaftsrates Stellung zu den augenblicklichen Lohnverhältnissen in Sowjetrußland. Es sei unmöglich, so führte er aus, die Löhne zu erhöhen, trotzdem andererseits die Lebenshaltungskosten gestiegen seien. Auf die Rentabilität der Betriebe übe die Lohnhöhe bereits einen erheblichen Einfluß aus, und nur dann, wenn eine Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters und eine Besserung der wirtschaftlichen Lage eingetreten sei, könne auch über eine Lohnerrhöhung verhandelt werden. Der Zentralrat der Gewerkschaften stimmte diesen Ausführungen zu, betonte jedoch, daß eine Ausnahme bei den Arbeitern zulässig sei, deren Lohn unter dem Durchschnitt liege.

Die Lohnentwicklung in Sowjetrußland zeigt seit Beginn des Jahres 1925 das folgende Bild:

Durchschnittliche Lohnhöhe der Industriearbeiter in Sowjetrußland<sup>1)</sup>

Monat u. Jahr	Monatslohn (Tschermonez-Rubeln <sup>2)</sup> )	Tageslohn	Monat u. Jahr	Monatslohn (Tschermonez-Rubeln <sup>2)</sup> )	Tageslohn
Januar 1925	40.07	1.75	Oktober 1925	58.75	2.17
Februar	39.77	1.81	Novemb.	50.29	2.29
März	41.74	1.88	Dezemb.	52.88	2.27
April	41.58	1.87	Januar 1926	50.24	2.31
Mai	43.83	1.93	Februar	50.60	2.34
Juni	45.94	1.96	März	58.12	2.39
Juli	50.20	2.11	April	56.81	2.39
August	47.79	2.17	Mai	52.21	2.41
September	51.14	2.18	Juni	54.20	2.39

1) Nach Informations soziales 2. Jan. 27. 17. 2) Tschermonez-Rubel = 2.16 R-M.

Vergleicht man den höchsten (56,81 Tschermonez-Rubel im April 1926) und niedrigsten (39,77 Tschermonez-Rubel im Februar 1925) Monatslohn, so ergibt sich eine Differenz von rund 43 Proz. Andererseits zeigt eine Gegenüberstellung der Lebenshaltungskosten sowie des durchschnittlichen Monatslohnes in der Zeit vom September 1925 bis Mai 1926 eine Steigerung um rund 28 bzw. 2 Proz. Allerdings ist seit Juli 1925 eine Senkung der Lebenshaltungskosten bis auf 22 im September (1913 = 100) eingetreten, jedoch ergibt sich für den Oktober bereits wieder eine Erhöhung.

Der Präsident des Zentralgewerkschaftsrates gab gelegentlich einer Sitzung seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die am 18. August 1926 von der Regierung eingesetzte Spezialkommission für Lohnunterstützungen die besondere Aufgabe habe, für eine Aufbesserung der außerordentlich niedrigen Löhne in der Metall- und Kohlenindustrie sowie im Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonwesen zu sorgen. Natürlich rief die Erklärung bei den nichtgenannten Gewerbegruppen große Entrüstung hervor; die geistigen Arbeiter im Staats- und Kommunaldienst Sowjetrußlands wiesen darauf hin, daß ihr Lohn nicht nur niedriger als vor dem Kriege sei, sondern daß er — er schwankt durchschnittlich zwischen 30 bis 40 Tschermonez-Rubel monatlich — 30 bis 40 Proz. unter dem der Industriearbeiter liege.

Schließlich billigte die Regierung den Beschluß der Kommission, demzufolge in der Zeit vom 1. Oktober 1926 bis 30. September 1927 200 Millionen Rubel für Lohnerrhöhungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Natürlich kann dieser Betrag nur für die schlechtest bezahlten Arbeitergruppen in Frage kommen.

Die Differenz zwischen dem Lohn des gefertigten und un- gefertigten Arbeiters ist zurzeit recht erheblich. Während der Gewerkschaftszentralrat ein Verhältnis von 1 : 4,2 vorschreibt, beläuft es sich tatsächlich auf 1 : 6—10. Besonders hoch ist natürlich der Lohn in den Gewerben, in denen Stückarbeit vorherrscht; da, wo solche nicht möglich ist, erhält der Arbeiter den Tariflohn, der zwar unzureichend ist, aber im allgemeinen durch den Zusatz von Arbeitsprämien verbessert wird. Dr. S.

## Streik der Wiener Postkassierer.

Wien, 2. Februar. (WLB.) Infolge eines persönlichen Konflikts zwischen einem Postkassierer und dem Vorstand eines Wiener Postamtes haben die Wiener Postkassierer gestern abend die Arbeit niedergelegt, wodurch zunächst der Verkehr zwischen den Postämtern in Wien lahmgelegt wird, während der Telegraphen- und Telephonverkehr sowie der Brief- und Paketpostverkehr von den Bahnhöfen in die übrigen Teile Osterreichs und in das Ausland dadurch nicht berührt wird.

Verantwortlich für: Schriftf. Victor Schiff; Druck: G. Kitzinger; Verlags- und Druckerei: G. Kitzinger; Redaktion: Dr. John Schlemmer; Verlags- und Druckerei: G. Kitzinger; Verlags- und Druckerei: G. Kitzinger; Verlags- und Druckerei: G. Kitzinger.

**Berliner Elektriker Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe  
Berlin N. 24, Eisbasser Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 8525, 6526  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landhausstr. 4, Tel.: Pfalzburg 9831  
Ausstellungsräume und Lager  
Alexanderstraße 39-40 (Alexander  
Passage), Telephon: Königstadt 140  
Herstellung elektr. Licht-,  
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf  
aller elektr. Bedarfsartikel  
Ausführ. sämtl. Reparaturen  
Preiswerte und e. Arbeit

**Dörffler**  
WÜRSTCHEN \* BUCKWURST  
Etwas ganz Besonderes!  
Jochias  
Schutz und Hilfe  
sofort durch  
nicht fehlende  
Einreibung M. 1.50  
Der gute Kapitän-  
Kaulabak  
C. Röcker, Berlin  
Lichtenberger Straße 72. Kgl. 1861

**Lebenslängliche Garantie**  
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften  
**Trauringe**  
1 Ring 900 gest. (Dukatengold) 7 gr. schwer M. 26.50  
1 - 585 - 5 - 14.00  
1 - 333 - 4 - 7.00  
Preliste gratis  
Ständig ca. 3000 Stück auf Lager  
Gravieren gratis, sam. Mithras  
M. 24, Artilleriestr. 39  
W. Passauer Straße 12  
**Hermann Wiese, Berlin**  
Alberl Springare Metallbetten 10.50  
Großgarage und Tankstelle  
Tag und Nacht geöffnet  
Auto-Reparatur-Werkstatt  
Pernspr. Norden 1270 u. Alexander 437  
Lothringer Str. 107, Ecke Linsen-  
straße 14, am Prenzlauer Tor.  
Schlafchaiselongs 24.-  
Fabrikpreise Ratenzahlung  
Göhr Berlin, Pappelallee 12  
Pankow, Schmidtstr. 1  
frei jeder Bahnhstation.

**HUNDE**  
Katz, Papageien und alle  
Haustiere werden behandelt.  
Tierärztliche Poliklinik  
Chausseestraße 93  
neben Arie-ersteinhaus  
Sprechstunden 11-1 u. 4-6 Uhr  
**Korbmöbel! Sonderangebot!**  
An Private zu Einzelpreisen.  
Eigene Fabrikate in jeder  
Ausführung kaufen Sie in  
gro. er Auswahl und billig bei  
**Wilhelm Schulze**  
Mombijouy str. 12, Hof part.  
Nähe Hackescher Markt  
Zahlungserleichterung  
Telephon: Alexander 4117  
**Krause-Pianos**  
zur Miete  
W. 2. Ansbacherstr. 1  
**Inlerieren**  
bringt ERFOLG

**Grippe Graifex**  
Laboratorium Graichen,  
Leipzig, Roßstraße 12.